

Rechtsextremistische Aktivitäten gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte in Berlin

LAGEANALYSE



Impressum:

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Abteilung Verfassungsschutz

Klosterstraße 47, 10179 Berlin

Telefon (030) 90 129-440

Fax (030) 90 129-844

info@verfassungsschutz-berlin.de

www.verfassungsschutz-berlin.de

Alle Bilder entstammen den Internetauftritten
der benannten Organisationen.

Stand: November 2015

INHALTSVERZEICHNIS	Seite
EINLEITUNG	5
1. ZENTRALE ERGEBNISSE	7
2. RECHTSEXTREMISTISCHE AKTEURE	9
2.1 Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf - vom Motor zur Randerscheinung	9
2.2 NPD Berlin - zwischen "Kümmererimage" und offener Fremdenfeindlichkeit	10
2.3 Der III. Weg - offene Hetze gegen Flüchtlinge	12
2.4 Die islam- und fremdenfeindliche Mischszene Berlins	14
2.4.1 HoGeSa Berlin - Selbsternannte rechtsextremistische Hooligans	14
2.4.2 Pro Deutschland Berlin - Mit Fremdenfeindlichkeit gegen die eigene Bedeutungslosigkeit	15
2.4.3 BÄRGIDA - Bürgerlicher Deckmantel für Rechtsextremisten	16
2.4.4 Identitäre Bewegung - Die Kampagne "Der große Austausch"	18
3. RECHTSEXTREMISTISCHE AKTIVITÄTEN	19
3.1 Rechtsextremistische Argumentationsmuster	19
3.2 Zunehmende Aggressivität	22
3.2.1 Politiker und Medienvertreter im Fokus	22
3.2.2 Tatort Internet	22
3.2.3 Die Reaktionen der rechtsextremistischen Szene auf die Terroranschläge von Paris	24

4. STRAFTATEN GEGEN FLÜCHTLINGSUNTERKÜNFTE IN BERLIN	26
4.1 Untersuchungsgegenstand	26
4.2 Delikte	27
4.3 Fallzahlen und Zeiträume	29
4.4 Tatorte	31
4.5 Tatverdächtige	38
4.6 Fazit der empirischen Analyse	39

Einleitung

Bereits seit geraumer Zeit konzentrieren sich die Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene Berlins auf die Flüchtlingsthematik. Auf regelmäßigen Demonstrationen und in unzähligen Postings und Kommentaren in sozialen Netzwerken positionieren sich Rechtsextremisten aus nahezu allen Spektren immer offener und auch aggressiver hierzu. Vor allem drei Punkte sind es, aus denen sich die herausragende Bedeutung der Flüchtlingsthematik für die rechtsextremistische Szene speist:

- Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind zentrale Bestandteile der rechtsextremistischen Ideologie. Die Überbewertung der eigenen „Rasse“, Ethnie oder Kultur, verbunden mit einer Abwertung der nicht hierzu gehörenden „Fremden“ ist eine Art Grundkonsens und Kernelement aller rechtsextremistischen Bestrebungen. In der aktuellen Situation sehen Rechtsextremisten die Chance, eines ihrer zentralen Ideologieelemente weit über die eigene Szene hinaus zu verbreiten.
- Damit verbinden Rechtsextremisten zugleich die Hoffnung, Anschluss an nicht explizit rechtsextremistische Kreise zu gewinnen. Unsicherheit und Ängste, die in Teilen der Bevölkerung mit den steigenden Flüchtlingszahlen wachsen, werden aufgegriffen, der rechtsextremistischen Sichtweise angepasst und gezielt instrumentalisiert. Auf diese Weise bemühen sich Rechtsextremisten darum, als „Kümmerer“ wahrgenommen zu werden, die sich - insbesondere im Gegensatz zu den demokratischen Parteien - ernsthaft mit den Sorgen der Bevölkerung auseinandersetzen.
- Schließlich ist das Thema Flüchtlinge derzeit der verbindende ideologische Kitt der heterogenen rechtsextremistischen Szene Berlins. Die unterschiedlichen Gruppen, Netzwerke und Parteien aus dem traditionellen und dem als Phänomen noch jüngeren islamfeindlichen Rechtsextremismus eint das gemeinsame Thema Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte. Anhänger beider Lager nehmen an den gleichen Demonstrationen teil und treten sogar gemeinsam als Redner auf.

Diese Mischung aus Ideologie und Strategie hat das Aktivitätsniveau der rechtsextremistischen Szene in Berlin deutlich steigen lassen. Der anstehende Wahlkampf zur Abgeordnetenhauswahl 2016, zu der mit der NPD und „Pro Deutschland“ aller Voraussicht nach auch mindestens zwei rechtsextremistische Parteien antreten werden, lässt zudem befürchten, dass Rechtsextremisten auch zukünftig alles unternehmen werden, um mit der Flüchtlingsproblematik Stimmung zu machen und um Unterstützer zu werben.

Die vorliegende Lageanalyse benennt die zentralen Akteure rassistischer, fremdenfeindlicher Hetze in Berlin, beleuchtet und dekonstruiert gängige rechtsextremistische Argumentationsmuster und analysiert schließlich die Straftaten, die zwischen Januar 2014 und Oktober 2015 in Berlin gegen Flüchtlingsunterkünfte begangen wurden.

Dabei soll deutlich werden, dass es denjenigen, die sich nach außen oft als „Kümmerer“ und „Anwälte der kleinen Leute“ gerieren, eben nicht um die Lösung konkreter Probleme geht, sondern darum, fremdenfeindliche Stereotype zu verbreiten, Rassismus „salonfähig“ werden zu lassen und die Stimmung gegen Flüchtlinge anzuheizen. Die zunehmende Anzahl von Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte verdeutlicht die Notwendigkeit, über die fremdenfeindlichen Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene aufzuklären - zeigt sich hieran doch auf erschreckende Art und Weise, dass die fremdenfeindliche Hetze rechtsextremistischer Kreise nicht ohne Folgen bleibt.

1. Zentrale Ergebnisse

Flüchtlingsthematik eint die rechtsextremistische Szene: Das Thema Flüchtlinge dient momentan als einigendes ideologisches Band einer grundsätzlich heterogenen rechtsextremistischen Szene in Berlin. Rechtsextremisten nahezu aller Gruppierungen und Parteien bedienen sich dieses Themas - auch gemeinsam auf öffentlichen Veranstaltungen. Mit Nachdruck arbeitet die rechtsextremistische Szene daran, die öffentliche Stimmung zu beeinflussen, um dadurch an personeller und materieller Unterstützung zu gewinnen. Dadurch muss mit einem zumindest vorübergehenden Erstarren der rechtsextremistischen Szene in Berlin gerechnet werden.

Unterschiedliche Strategien: Dabei bedienen sich Rechtsextremisten unterschiedlicher Strategien. Zwar ist vielen Gruppierungen die vordergründige Ablehnung von Gewalt gemein, allerdings gibt es in der Außendarstellung deutliche Unterschiede zwischen den neonazistischen Rechtsextremisten, die an ihrer Gewaltorientierung festhalten, und den neuen islamfeindlichen Netzwerken und Parteien. Letztere versuchen mit ihrem Duktus und ihren Aktionsformen weiterhin auch für nicht extremistische Bevölkerungsschichten offen zu bleiben. Die traditionellen Rechtsextremisten pflegen hingegen einen aggressiveren Stil und scheuen sich auch nicht, ihre Ablehnung von Flüchtlingsheimen oder der aktuellen Asylpolitik in der Öffentlichkeit mit NS-Symbolik zu verknüpfen.

Radikaleres und aggressiveres Auftreten: Hetze und Gewalt gegen Fremde sind eine Konstante rechtsextremistischer Aktivitäten. Anders als in den 1990er Jahren - der ersten Hochphase rechter Gewalt - wirkt jedoch insbesondere das Internet, durch das sich rechtsextremistische Propaganda viel schneller und an einen viel größeren Empfängerkreis verbreiten kann, als eine Art Katalysator. Quantität und Qualität fremdenfeindlicher Hetze haben massiv zugenommen. Dies führt zu einer zunehmenden Gefährdung von Personen und Objekten, die mit dem Thema Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünften in Verbindung stehen. Diese Bedrohungslage betrifft inzwischen auch explizit Personen aus Politik und Medien sowie Bürger, die sich im Bereich der Flüchtlingsarbeit engagieren.

Flüchtlingsunterkünfte vor allem im Ostteil der Stadt im Fokus: Betrachtet man die zwischen Januar 2014 und Oktober 2015 begangenen Straftaten, die einen Bezug zu Flüchtlingsunterkünften aufwiesen, sind die östlichen Stadtbezirke, in denen 64 von insgesamt 79 Taten verübt wurden (81 %) deutlich schwerer belastet, als die im Westteil der Stadt gelegenen Bezirke. Die mit Abstand meisten Straftaten ereigneten sich in Marzahn-Hellersdorf, wo fünf verschiedene Flüchtlingsunterkünfte von insgesamt 29 Straftaten betroffen waren. Bei den ermittelten 44 Tatverdächtigen handelte es sich zum überwiegenden Teil um unter 30-jährige Männer, von denen knapp die Hälfte bereits zuvor mit politisch rechts motivierten Straftaten auffällig geworden war.

Rechtsextremismus und Gewalt gegen Flüchtlingsunterkünfte: Am Beispiel Marzahn-Hellersdorf, wo einerseits Rechtsextremisten massiv Stimmung gegen Flüchtlinge machten und machen und andererseits die meisten Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte begangen wurden, zeigt sich ein zumindest mittelbarer Zusammenhang zwischen rechtsextremistischer Hetze und der Zunahme von Straf- und Gewalttaten gegen Flüchtlingsunterkünfte. Rechtsextremisten sind jedoch nicht nur „geistige Brandstifter“, sondern befinden sich auch unter den Tatverdächtigen der gegen Flüchtlingsunterkünfte gerichteten Straftaten.

2. Rechtsextremistische Akteure

In Berlin existiert eine sehr heterogene, rechtsextremistische Szene, deren Akteure unterschiedliche ideologische Positionen, Ziele und Handlungsfelder bedienen.

Die Gruppierungen lassen sich grob in zwei Lager einteilen. Zum Einen bestehen eher traditionelle rechtsextremistische Strukturen mit neonazistischer Orientierung, zu welchen die NPD und das Netzwerk „Freie Kräfte“ gehören. Zum Anderen entwickelten sich in den letzten Jahren fremden- und islamfeindliche Gruppierungen wie die „Bürgerbewegung Pro Deutschland“, „Hooligans gegen Salafisten“ / „Bündnis Deutscher Hooligans“-Berlin (HoGeSa-Berlin / BDH), „German Defence League“ (GDL) und „Identitäre Bewegung“ (IB). Diese kooperieren zum Teil in Form von Netzwerken oder innerhalb organisatorischer Rahmen miteinander.

2.1 Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf - vom Motor zur Randscheinung

Die seit 2013 unter dem Deckmantel von „Bürgerinitiativen“ oder „Bürgerbewegungen“ auftretenden rechtsextremistischen „Heimgegner“ setzten sich ursprünglich aus Vertretern der NPD, Anhängern des neonazistischen Spektrums, der „Bürgerbewegung Pro Deutschland“ sowie verschiedenen anderen rechtsextremistischen Gruppierungen wie der Partei „Die Rechte“ zusammen.

Der Hauptakteur dieser Szene war die „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf“, die im Rahmen ihrer „Montagsdemonstrationen“ gegen Flüchtlinge mobilisierte und im Herbst 2014 mit 950 Demonstrationsteilnehmern den größten bisherigen Mobilisierungserfolg verzeichnen konnte. Unter den damaligen Demonstrationsteilnehmern befand sich auch ein großer Anteil nichtextremistischer Bürger und Anwohner.

Seit dem Frühjahr 2015 verlor die „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf“ immer stärker an Bedeutung, was sich in einem starken Rückgang an Demonstrationsteilnehmern und der schwindenden Präsenz sowie Aufmerksamkeit in sozialen Netzwerken widerspiegelte.

Die Fragmentierung ging mit einer offenen Radikalisierung der verbliebenen Akteure einher. Dies zeigte sich zum Beispiel, als im Juni 2015 eindeutig rechtsextremisti-

sche Symbole wie die „schwarze Sonne“ und Parolen wie „Ausländer raus“ offen auf einer Demonstration zur Schau gestellt bzw. gerufen wurden.

Nachdem die „Montagsdemonstrationen“ im Juli 2015 eingestellt wurden, versucht sich nun die NPD als zentraler Akteur im Rahmen der Kampagne „Sicherheit durch Recht und Ordnung“, die von Kundgebungen, Demonstrationen und öffentlichkeitswirksamen Aktionen getragen wird, zu stilisieren. Daneben agitieren aus diesem Spektrum neonazistische Kleingruppen gegen Flüchtlingsunterkünfte und führen regelmäßig Kundgebungen durch. So veranstaltet ein einschlägig bekannter Neonazi wöchentlich Kundgebungen sowie Demonstrationen unter dem Motto „Wegducken ist nicht“ oder vermeintliche „Abendspaziergänge“ in Marzahn. Die Mobilisierung betreibt er offen über seinen mit neo-nazistischer Symbolik gestalteten Twitter-Account.



Wo anders wirft man Bomben und hier bombadiert man uns mit falschen Asylanten .

2.2 NPD Berlin - zwischen „Kümmererimage“ und offener Fremdenfeindlichkeit

Die NPD verstärkte ihre Präsenz in der Öffentlichkeit, nachdem die Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte unter dem Deckmantel der sogenannten „Bürgerbewegungen“ erfolglos blieben. So versuchten die Aktivisten zunächst intensiv im Rahmen der Kampagne „Sicherheit durch Recht und Ordnung“ die Flüchtlingsproblematik im Sinne einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu thematisieren.



Der NPD-Kreisverband Pankow berichtete diesbezüglich etwa am 26. August 2015 auf seiner Facebookseite, dass Aktivisten mit sogenannten „Kiezstreifen“ durch Blankenburg für die öffentliche Sicherheit sorgen

würden. Ein Zielobjekt dieser „Kiezstreifen“ sei eine illegale Flüchtlingsunterkunft im Pflasterweg in Pankow. Bei der NPD seien Hinweise über wachsende Kriminalität im

Bezirk eingegangen. Die Kiezstreifen wären eine Reaktion hierauf und stellten darauf ab, Anwohner in Form von Flugblättern, mit Ansprachen und insbesondere Frauen, an die zudem Pfefferspray verteilt wurde, „aufzuklären“ sowie sich als Ansprechpartner zur Verfügung zu stellen.

Diesen Aktionen liegt die Botschaft zugrunde, staatliche Stellen und Institutionen versagten bei der Gewährleistung der Sicherheit vor Ort und überließen die Menschen ihrem eigenen Schicksal. Die Rechtsextremisten treten gegenüber der Bevölkerung als besorgte Wohltäter auf und instrumentalisieren etwaige Unsicherheiten innerhalb der Bevölkerung.



Unter Beteiligung der NPD-Landes- und Bundesvorsitzenden, Sebastian Schmidtke und Frank Franz, versuchte die Partei mit einer Kundgebung vor dem „Landesamt für Gesundheit und Soziales“ am 9. September 2015 das Flüchtlingsthema aus einer anderen Perspektive zu instrumentalisieren. Unter dem Motto „Das Boot ist voll, Asylbetrug macht uns arm“ wurde auf dieser Veranstaltung die vermeintliche Belastung der Volkswirtschaft durch Einwanderung angesprochen.

Mit dieser Demonstration machte die Berliner NPD zugleich deutlich, dass der Schwerpunkt ihrer fremdenfeindlichen Aktivitäten nicht länger nur in Flugblattverteilungen oder Internetpropaganda liegen soll. Vielmehr trat die Partei spätestens seit diesem Zeitpunkt wieder unter ihrem eigenen Logo verstärkt mit Kundgebungen und Demonstrationen in der Öffentlichkeit in Erscheinung. Bei ihren Bemühungen um eine größere öffentliche Wahrnehmung suchte der Berliner NPD-Landesverband auch vermehrt den Schulterschluss mit der Brandenburger NPD. So gelang es beiden Landesverbänden zu einer Demonstration unter dem Motto „Das Boot ist voll, Asylbetrüger abschieben“ am 2. November 2015 in Schöneweide etwa 170 Rechtsextremisten zu mobilisieren; eine Teilnehmerzahl, die von der NPD als Erfolg bewertet wurde und zu wiederkehrenden größeren NPD-Demonstrationen führen soll.

Parallel zur Mobilisierung der eigenen Klientel suchte die Berliner NPD mit ihren öffentlichkeitswirksamen Aktionen auch immer wieder den Anschluss an das bürgerliche Spektrum. So rief der Pankower Kreisverband, nachdem bekannt wurde, dass eine Turnhalle als Notunterkunft eingerichtet werden sollte, in der Nacht des 21. November 2015 zu einer Mahnwache sowie Blockade der Zufahrtswege auf. Es gelang den Rechtsextremisten, mehrere Anwohner für ihre Aktion zu gewinnen und somit kurzzeitig den Einzug der Flüchtlinge in die Turnhalle zu verhindern. Nach einer Beruhigung der Lage vor Ort konnten die Flüchtlinge das Gebäude beziehen. Dieses Beispiel zeigt jedoch, dass die Berührungängste mit der NPD schwinden und die Partei von Teilen der Bevölkerung auch als ein legitimer Kooperationspartner bei subjektiven Problemen mit der Einrichtung von Flüchtlingsheimen wahrgenommen wird.

Die mit derartigen Aktionen einhergehende öffentliche Präsenz ist auch darauf ausgerichtet, Unterstützungsunterschriften für die Wahlen 2016 zum Berliner Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen zu sammeln. Dabei setzt die NPD weiterhin fast ausschließlich auf das Thema Asyl- und Flüchtlingsunterbringung. In welchem Geist sie das tut, verdeutlicht jedoch eine Aussage des amtierenden NPD-Landesvorsitzenden zu einem Brandanschlag auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft in Brandenburg. Dies sei, so Schmidtke wörtlich in einer Fernsehreportage des rbb, „ein Erfolg“ und für die Bevölkerung „vor Ort gut“.

2.3 Der III. Weg - offene Hetze gegen Flüchtlinge

Auch die seit März 2015 mit einem Stützpunkt in Berlin aktive neonazistische Partei „Der III. Weg“ hat sich der Agitation gegen Flüchtlinge in ihrem Parteiprogramm verschrieben. Explizit wurde in das „Zehn Punkte-Parteiprogramm“ das Ziel „Heimat bewahren“ aufgenommen, um den vermeintlich anhaltenden Asylmissbrauch in Deutschland umgehend zu stoppen.

Zur Verunglimpfung der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge ist der Partei nahezu jedes Mittel recht. Im April 2015 verteilten Mitglieder der Partei fremdenfeindliche Flugblätter im Rahmen der „Aufklärungskampagne zum Schutze der Volksgesundheit“. Hierin hieß es:

„Der nicht enden wollende Zustrom von Asylanten und Ausländern in unsere Heimat bringt nicht nur die fortschreitende Überfremdung mit sich, sondern auch verschiedenste Krankheiten“.

Neben der systematischen Konstruktion eines Bedrohungsszenarios durch „von Flüchtlingen eingeschleppte Krankheiten“ wird darin politischen Entscheidungsträgern unterstellt, sie würden sich ihrer Verantwortung entziehen und die Flüchtlinge als Ursache der Rückkehr bereits als „ausgestorben“ geltender Krankheiten schützen.

Die Partei „Der III. Weg“ führte darüber hinaus interne Veranstaltungen wie einen „Gemeinschaftsabend“ Ende September 2015 durch, der im Zeichen des „Dauereinsatzes an der Aufklärungsfront“ gegen Flüchtlinge stand. Beteiligt waren hieran auch verschiede-



ne rechtsextremistische Musiker wie „Tätervolk“. Ein Beitrag auf der Internetseite zur einer „Saalveranstaltung“ im November 2015 unter dem Titel „Asylflut stoppen“, zu welcher Aktivisten aus verschiedenen Bundesländern anreisten, offenbart, dass die Anhänger des „III. Weges“ auch versuchen, sich bundesweit zu vernetzen und einen regen Austausch über die Aktivitäten gegen Flüchtlinge zu betreiben. Dabei legt das eigene Rollenverständnis die Kernstrategie offen: „Die Aufklärung vor Ort bei den Bürgern stellt die wichtigste Säule im Kampf für ein gemeinsames Umdenken dar“¹.

Über ihre Internetseite verbreitete die rechtsextremistische Partei zudem den „Leitfaden „*Kein Asylanterheim in meiner Nachbarschaft*“. Darin werden ausführlich aus rechtsextremistischer Perspektive Folgen, Protestformen und Rechtsmittel gegen Flüchtlingsunterkünfte aufgeführt. Für Aufsehen hat in diesem Zusammenhang auch

¹ Internetseite der Partei „Der III. Weg“, Eintrag vom 24.11.2015, abgerufen am 27.11.2015.

die fremdenfeindliche Karte auf Google Maps mit dem Titel „Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft“ gesorgt, auf welcher bundesweit Flüchtlingsheime mit ihrer Bewohnerzahl angezeigt wurden. Diese hatte die Partei „Der III. Weg“ zusammen mit dem „Leitfaden“ auf ihrer Internetseite eingestellt. Die Karte wurde inzwischen von Google Maps entfernt, da sie das Potenzial barg, zu Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte zu ermutigen und hierzu die entsprechenden Informationen zur Verfügung zu stellen.

2.4 Die islam- und fremdenfeindliche Mischszene Berlins

2.4.1 HoGeSa Berlin - Selbsternannte Rechtsextremistische Hooligans

Bei der Personengruppe, die unter dem Namen „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) oder „Bündnis deutscher Hooligans“ (BDH) in Berlin agiert, handelt es sich um selbsternannte Hooligans, die ein fremden- und islamfeindliches Weltbild vertreten und dies durch entsprechende Aktionen nach außen tragen.

Über das HoGeSa-Berlin zugerechnete Facebook-Profil „Wir Für Berlin & Wir Für Deutschland“ riefen die Aktivisten beispielsweise im August 2015 zur Teilnahme an einer Demonstration unter dem Motto „Rechts vor Links“ auf. In ihrer Erklärung riefen die Aktivisten explizit dazu auf, die Eröffnung einer Flüchtlingsunterkunft in Falkenberg zu stören und ermutigten Interessenten mit den Worten „Ihr könnt auch vorher probieren ins ISIS Lager zu kommen“² dazu, in die Unterkunft zu gelangen. Regelmäßig wurden auf diesem Facebook-Profil auch Flüchtlingsunterstützer und Vertreter demokratischer Parteien verunglimpft.

Welches Gefahrenpotenzial von dieser Gruppierung ausgeht, zeigt eine Aktion, bei der sich eine Gruppe aus dem HoGeSa-Spektrum, bewaffnet mit brennenden Holzlatten, in der Nacht des 20. August 2015 der Flüchtlingsunterkunft am Blumberger Damm in Marzahn-Hellersdorf näherte. Nachdem ein Wachmann die Gruppe bemerkt hatte, warfen die Beteiligten die brennenden Holzlatten über den Zaun und lösten einen Rasenbrand aus, der von den Heimbewohnern gelöscht werden konnte.

² Profil „Wir Für Berlin & Wir Für Deutschland“, abgerufen am 20.8.2015.

Die polizeilichen Ermittlungen u. a. wegen versuchter schwerer Brandstiftung dauern an.

2.4.2 Pro Deutschland Berlin - Mit Fremdenfeindlichkeit gegen die eigene Bedeutungslosigkeit

Auch der sich nach außen gern als nicht extremistisch darstellende Berliner Landesverband der „Bürgerbewegung Pro Deutschland“ bedient in den Aussagen und der Bildersprache der von ihm verteilten Werbematerialien klassische rechtsextremistische Positionen.

In den täglichen Postings auf dem Facebook-Profil der Partei wird in einer pauschalisierenden Art und Weise suggeriert, dass Flüchtlinge schwer bewaffnet in ihren Unterkünften wohnten, dort unter häufiger Anwendung



körperlicher Gewalt miteinander lebten, es seitens der Flüchtlinge zu sexuellen Übergriffen auf Kinder käme und diese mitunter ihren Zufluchtsort mutwillig zerstören würden. Des Weiteren handele es sich laut „Pro Deutschland“ nicht um Flüchtlinge, die eine Aussicht auf die Gewährung von Asyl hätten und damit legitim nach Deutschland kämen, sondern um Menschen, die lediglich vortäuschten, einen Anspruch auf Asyl zu besitzen und das Sozialsystem der Bundesrepublik unterwandern würden. Neben der darin enthaltenen Herabwürdigung des Flüchtlingsschicksals konstruiert „Pro Deutschland“ auf diese Weise auch ein Bedrohungsszenario im Hinblick auf Verteilungs- und Kostenherausforderungen durch die steigenden Flüchtlingszahlen. Nahezu wöchentlich verteilt die Partei entsprechende Propaganda-Flugblätter insbesondere in Ostberliner Bezirken.

Auch die „Bürgerbewegung Pro Deutschland“ ist bei ihren Aktivitäten um Anschlussfähigkeit an das bürgerliche Spektrum bemüht. So führte die Partei vermeintliche

Bürgersprechstunden durch, bei denen es sich jedoch um nichts anderes handelte als um von Rechtsextremisten organisierte Demonstrationen. Am 10. Oktober 2015 veranstaltete „Pro Deutschland“ beispielsweise eine fremdenfeindliche Demonstration in Marzahn-Hellersdorf unter dem Titel „Asylmissbrauch stoppen“. Die Teilnehmerzahl lag - unter Beteiligung auch nichtextremistischer Personen - im oberen zweistelligen Bereich. Im Vorfeld bewarb sie die als „Bürgersprechstunde“ deklarierte Veranstaltung über soziale Netzwerke sowie im Rahmen eines Videobeitrags und verteilte Flugblätter als Postwurfsendung. Daneben erfolgte eine Mobilisierung über das Facebook-Profil „Wir Für Berlin & Wir Für Deutschland“, welches Aktivisten von HoGeSa-Berlin zugerechnet wird.

Die Zusammenarbeit zwischen HoGeSa-Berlin und der „Bürgerbewegung Pro Deutschland“ ist längst nicht mehr nur ein rein virtuelles Phänomen. So sprach etwa der Bundesvorsitzende „Pro Deutschlands“ auf der von Mitgliedern HoGeSa-Berlins organisierten Demonstration unter dem Motto „Wiedervereinigung 3.0“ im Oktober 2015 vor dem Roten Rathaus in Berlin als Hauptredner, während Aktivisten „Pro Deutschlands“ als Ordner oder Techniker an der Veranstaltung mitwirkten. Ein Berliner HoGeSa-Aktivist will überdies für die „Bürgerbewegung Pro Deutschland“ in Marzahn-Hellersdorf zur kommenden Abgeordnetenhauswahl kandidieren.

2.4.3 BÄRGIDA („Berliner Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes“) - Bürgerlicher Deckmantel für Rechtsextremisten

In Anlehnung an die seit Oktober 2014 in Dresden demonstrierenden Anhänger des sogenannten „Pegida-Bündnisses“ existiert seit Ende 2014 in Berlin ein Ableger unter dem Namen „Bärgida“ („Berliner Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes“). Die Protagonisten traten erstmals im Rahmen einer Demonstration am 5. Januar 2015 in Erscheinung und veranstalten seitdem wöchentliche „Abendspaziergänge“ an jedem Montag durch die Berliner Innenstadt.



Im Vordergrund des Protests der Bewegung steht der Kampf gegen die vermeintliche „Islamisierung des Abendlandes“ sowie die Änderung des Asylrechts. In verschiedenen Positionspapieren, Redebeiträgen sowie Pressemitteilungen zeigt sich die eindeutig fremden-, insbesondere jedoch islamfeindliche Ausrichtung des Bündnisses:

„Überproportional viele Kriminelle sind Muslime, diese haben jeden Freitag in der Moschee gehört, dass der Räuber, Vergewaltiger und Massenmörder Mohammed das Vorbild von allen Muslimen ist“.

„nach all den weltweiten Bombenanschlägen, Morden und ‚Ehren‘morden, Köpfungen, Steinigungen, Vergewaltigungen, Kindesmissbrauch und Tierquälereien im Namen des ‚perfektesten Menschen der Welt‘ können die Urteile über die faschistische Ideologie ‚Islam‘ keine Vorurteile mehr sein.“³

Auf Grund dieser ideologischen Ausrichtung stieß die Veranstaltung von Beginn an auf Interesse innerhalb der rechtsextremistischen Szene Berlins. An der ersten „Bärgida“-Demonstration beteiligten sich mit 500 Teilnehmern noch sehr viele (nichtextremistische) Bürger. Die Teilnehmerzahlen aus dem bürgerlichen Spektrum waren jedoch schnell rückläufig, was sicherlich auch auf die durch teilnehmende Rechtsextremisten gestellten Redner und entsprechende Positionierungen zurückzuführen ist.

Aktuell werden die „Bärgida“-Demonstrationen klar von Rechtsextremisten dominiert. Neben der organisatorischen und ideologischen Verbindung der Veranstalter zu rechtsextremistischen Gruppierungen wie der „Bürgerbewegung Pro Deutschland“ sowie HoGeSa-Berlin zählen Funktionäre und Mitglieder dieser beiden Gruppierungen, aber auch der „Identitären Bewegung“ und der Berliner NPD zu den Demonstrationsteilnehmern. Das rechtsextremistische Teilnehmerpotenzial schlägt sich auch in der Zunahme strafrechtlich relevanter Vorfälle, wie etwa dem Zeigen des Hitlergrußes am Rande der Demonstrationen, nieder.

³ Internetauftritt und Profil von „Bärgida“ in einem sozialen Netzwerk, Posting vom 22.1.2015 bzw. 2.10.2015, abgerufen am 16.2.2015 bzw. am 8.10.2015.

2.4.4 Identitäre Bewegung - Die Kampagne „Der große Austausch“

Auch das deutschlandweit organisierte islam- und fremdenfeindliche Netzwerk „Identitäre Bewegung“ (IB) schürt mit seinen Aktivitäten fremden- und insbesondere islamfeindliche Ressentiments. Beispielhaft dafür steht die Kampagne „Der große Austausch“, die zudem deutlich die in islam- und fremdenfeindlichen Kreisen verbreitete völkische Sicht einer vermeintlich ethnischen Veränderung der europäischen Gesellschaften durch Zuwanderung zum Ausdruck bringt:

„Wir fordern einen sofortigen Zuwanderungsstopp, die Abschaffung des maroden Asylsystems, das Ende der Islamisierung und Maßnahmen zu einer Trendwende gegen den Großen Austausch, die deutschen Familien wieder soziale Zukunftsperspektiven eröffnen.“⁴

Die zentrale These hinter der Kampagne lautet, dass die sogenannte Masseneinwanderung zu einem Wandel führe, welcher „die Deutschen“ zu einer Minderheit degradieren würde. Darüber hinaus ginge dieser Prozess mit einer Islamisierung der Bundesrepublik einher.

Mit der kurzzeitigen Besetzung der SPD-Bundeszentrale in der Wilhelmstraße am 28. Juni 2015 begann die IB mit Aktionen im Rahmen dieser Kampagne in Berlin. Neben mehreren Klebe- und Verteilaktionen sowie der regelmäßigen Anwesenheit von Aktivisten bei den „Bärgida“-Demonstrationen protestierten einige Aktivisten am 18. September 2015 während einer Live-Sendung des rbb in Berlin. Auf ihrem Facebook-Profil verunglimpfte die „Identitäre Bewegung“ den rbb mit der Bezeichnung „Lügenmedien“ als vermeintliches „propagandistisches Sprachrohr des Staates“.⁵

Am 2. November 2015 wurde ein Wahlkreisbüro der Partei Bündnis 90/Die Grünen mit diversen Plakaten und Aufklebern der „Identitären Bewegung“ beklebt. Der Inhalt der Propaganda stand ebenfalls im Kontext der Kampagne „Der große Austausch“ und so hieß es auf den angebrachten Plakaten und Aufklebern: „Minderheit im eigenen Land? Wehr Dich gegen den großen Austausch“ oder „Pro Border! Pro

⁴ Internetseite der „Identitären Bewegung“, abgerufen am 18.11.2015.

⁵ Profil der „Identitären Bewegung Berlin-Brandenburg“ in einem sozialen Netzwerk, Posting vom 18.9.2015, abgerufen am 21.9.2015.

Nation!“. Auf ihrer Facebookseite begrüßte die „Identitäre Bewegung“ Berlin-Brandenburg die Aktion von angeblich Unbekannten.

Der bis dahin in Berlin weitgehend als virtuelles Phänomen wahrgenommenen „Identitären Bewegung“ gelang es, indem sie die Flüchtlingsthematik ins Zentrum ihrer Aktivitäten stellen, auch jenseits des Internets Präsenz zu zeigen. Abzuwarten bleibt, ob sich dieses deutlich gesteigerte Aktivitätsniveau auch in einem Zuwachs an Aktivisten niederschlägt.

3. Rechtsextremistische Aktivitäten

Die Aktivitäten, mit denen die rechtsextremistische Szene Stimmung gegen Flüchtlingsunterkünfte, Flüchtlinge und deren Unterstützer macht, sind in den letzten Monaten spürbar gestiegen. Rechtsextremistische Demonstrationen, Kundgebungen oder „Mahnwachen“ finden mittlerweile nahezu täglich und an unterschiedlichen Orten statt. Die überwiegende Mehrheit dieser Aktionen wird in den östlichen Stadtbezirken Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick, Pankow und Lichtenberg durchgeführt. Unmittelbar in ihrem eigenen Wohnumfeld agierend, ist es Teil der von Rechtsextremisten verfolgten Strategie, sich als „Kümmerer“ und Ansprechpartner der Bürger vor Ort zu stilisieren.

3.1 Rechtsextremistische Argumentationsmuster

Parallel dazu haben sich auch die Propagandaaktivitäten der rechtsextremistischen Szene vervielfacht. Im Kern drehen sich die dabei vorgebrachten „Argumente“ immer wieder um die vermeintliche „Bedrohung“, die von den Flüchtlingen ausgehen würde. Diese „Bedrohung“ wird als allumfassend und nahezu alle wichtigen Elemente funktionierender demokratischer Gesellschaften betreffend dargestellt.

(vermeintlich bedrohtes) öffentliches Gut	Ziel der rechtsextremistischen Argumentation	Beispiel
Öffentliche Sicherheit	Kriminalisierung von Flüchtlingen	 <p>BÜRGERBEWEGUNG pro Deutschland</p> <p>Explosion der Kriminalität im Bezirk stoppen!</p> <p>Sehr geehrte Lichtenberger Mitbürger!</p> <p>Die Folgen der etablierten Politik werden in Lichtenberg immer spürbarer. Viele Anwohner und Ladenbesitzer beklagen zurecht die hohe Kriminalitätsrate, vor allem Diebstahl und Einbrüche. Das öffentliche Bild des Bezirks wird durch Meldungen in der Tagespresse immer schneller zerstört und mit negativen Berichten in Verbindung gebracht.</p> <p>Die Bezirksverordnetenversammlung arbeitet schon seit Jahren nicht mehr für den Bürger vor...</p> <p>Dr. Slo befasst sich kaum noch mit wichtigen kommunalen Themen, sondern immer öfter mit den wirren Vorstellungen ideologischer Parteimitglieder.</p> <p>Die offiziellen Statistiken liegen nicht, die Zahlen sind eindeutig. Seit dem Zustrom von Wirtschaftsflüchtlingsen aus den osteuropäischen Ländern, wie zum Beispiel Rumänien und Bulgarien, stieg die Zahl der Einbrüche um rund 40 Prozent, und die gesamte Kriminalität in Lichtenberg stieg um besorgniserregende 50 Prozent. Die Politik schaut talentlos zu.</p> <p>Flugblatt der „Bürgerbewegung Pro Deutschland“</p>
Gesundheit	Stigmatisierung von Flüchtlingen als Gesundheitsrisiko	<p>Alarm: Politiker lassen Masern einschleppen!</p> <p>Geht mir: Einer Person gefällt das. Zeige deinen Freunden, dass dir das gefällt.</p>  <p>„Diese Menschen mit ihrer vielfältigen Kultur, ihrer Herkunft, sie sind eine Bereicherung für uns alle.“ Diese Regierung für Migration, Flüchtlinge und Migration wenn man sich die ganze Misere der jahrzehntelangen führt. Die „vielfältige Kultur“, also der kulturelle Hint Kriminalitätsstatistiken explodieren. „Herzlichkeit und Ruhestörung und Belästigungen über, und die „Bere für die gastgebenden Deutschen auch erstmal eine v und Gut bedeuten.</p> <p>Momentan bereichern uns die lebensfreudigen Asyl so lebensfreudigen Erregern namens „Morbilli“, zu Deutsch Masern. Berlin erlebt dieser Tage Die ersten Fälle tauchten in der Hauptstadt im Oktober 2014 bei bosnischen „Flüchtlings“ an der Neuerkrankungen Deutsche. Anfang dieser Woche wurde die Carl-Zeiss-Sekundarschule i die Masern ausgebrochen waren. Jetzt starb ein einjähriger Berliner Junge an den Folgen der i</p> <p>Internetbeitrag der „Bürgerbewegung Pro Deutschland“</p>
Volkswirtschaft	Diffamierung von Flüchtlingen als Betrüger	 <p>DAS BOOT IST VOLL - ASYL BETRÜGER ABSCHIEBEN!</p> <p>ES GEHT AUCH DICH WAS AN</p> <p>18:30 UHR U-BHF COTTBUSSE PLATZ ODER 19:00 UHR ALTE HELLDORFER-STRASSE/ZOSSENER STR.</p> <p>BERLIN-HELLERSDORF 30.11.2015 DEMO NPD</p> <p>Demonstrationsaufruf der Berliner NPD</p>

<p>Bevölkerung / Demografie</p>	<p>Prognose eines drohenden „Volkstodes“ durch Zuwanderung sowie Übergriffe auf „die deutsche Bevölkerung“</p>	 <p>Aktion SCHWARZES Kreuz Gemeinsam werden wir ein Zeichen setzen 26. Juli 2015</p> <p>Mobilisierungsaufwurf der HoGeSa- Berlin</p>
<p>Werte, Prinzipien</p>	<p>Diagnose einer „Islamisierung“ Deutschlands</p>	 <p>DER GROSSE AUSTAUSCH</p> <p>Es ist das bekannteste Geheimnis unserer Zeit. Alle wissen es, aber niemand traut sich darüber offen zu reden: Wir werden zur Minderheit im eigenen Land. Die Deutschen werden durch eine nie dagewesene Masseneinwanderung ausgetauscht. Eine Islamisierung findet statt. Die Zahlen lügen nicht. Informiere dich selbst und werde aktiv gegen den großen Austausch, bevor es zu spät ist!</p> <p>IDENTITÄRE-BEWEGUNG.DE // #DERAUSTAUSCH IDENTITÄRE BEWEGUNG</p> <p>Infolyer der Identitären Bewegung</p>
<p>Kultur</p>	<p>Verlust „deutscher Identität“, Verbreiten der These eines Kulturkampfes</p>	 <p>berlin.npd.de</p> <p>BÄR statt Halbmond</p> <p>NPD Die Nationalen</p> <p>Unterstützer DvU</p> <p>Flyer der Berliner NPD</p>

Adressaten dieser Propaganda sind einerseits Flüchtlinge, politische Gegner und immer öfter auch Medien(-vertreter), andererseits die eigene (rechtsextremistische) Klientel und ein in Teilen verängstigtes und/oder wütendes Bürgertum. Ziel der rechtsextremistischen Propaganda gegen Flüchtlinge ist damit sowohl die Mobilisierung und Radikalisierung der (potenziellen) eigenen Anhängerschaft als auch die Verunsicherung und Bedrohung von Flüchtlingen und deren Unterstützern.

3.2 Zunehmende Aggressivität

3.2.1 Politiker und Medienvertreter im Fokus

Bereits seit längerem schlägt sich diese massive rechtsextremistische Propaganda auch in einer zunehmenden Aggressivität der Flüchtlingsgegner nieder. Immer häufiger kommt es zu Übergriffen und Bedrohungen gegen Menschen, die sich für Flüchtlinge engagieren, sowie gegen Medienvertreter und Politiker. Rechtsextremisten versenden etwa Briefe mit islam- und fremdenfeindlichen sowie antisemitischen Inhalten oder beschimpfen Mitarbeiter von Flüchtlingsunterkünften. Politiker werden öffentlich mit fremdenfeindlichen Ausdrücken beleidigt und bedroht, ihre Wahlkreisbüros mit rechtsextremistischer Propaganda beschmiert.

Am 2. November 2015 wurde ein Fernsehteam von Demonstranten einer rechtsextremistischen Demonstration attackiert. Der Begriff der „Lügenpresse“, der schon lange vor den aktuellen Ereignissen fester Bestandteil des rechtsextremistischen Weltbildes war, hat sich - nicht zuletzt durch seine exzessive Verwendung im Rahmen der bundesweiten -GIDA-Aufmärsche - enorm und weit über die rechtsextremistische Szene hinaus verbreitet. Der hier geschilderte Übergriff zeigt, dass das auf diese Weise geschaffenen „Feindbild Journalist“ längst nicht mehr nur verbal attackiert wird.

3.2.2 Tatort Internet

Das Internet bietet in Form zahlreicher sozialer Netzwerke und Internetseiten die Möglichkeit, rechtsextremistische Inhalte sehr schnell zu streuen, mit Zielgruppen unmittelbar in Kontakt zu treten und sich dem Zugriff der Sicherheitsbehörden durch die Nutzung ausländischer Angebote zu entziehen. Soziale Netzwerke stellen dabei weiterhin die wesentliche Kommunikationsbasis der rechtsextremistischen Akteure gegen Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik dar, da sie hier auf direktem Weg ihre Hetze verbreiten und für Aktionen mobilisieren können.

In Berlin ist dabei seit einigen Wochen eine Radikalisierung und Fragmentierung der Szene im Internet feststellbar. Nach dem Bedeutungsverlust der überwiegend von sogenannten „Bürgerbewegungen / Bürgerinitiativen“ und der NPD betriebenen „Nein zum Heim“- Seiten⁶ lässt sich ein neuer Trend in Richtung unorganisierter und kaum mit der Szene vernetzter „Einzelkämpfer“ ausmachen. Dabei ist eine Abwanderung rechtsextremistischer Einzelpersonen, die sich im Internet enthemmt hasserfüllt zu der aktuellen Flüchtlingskrise äußern, zu dem russischen sozialen Netzwerk vk.com feststellbar.

Dieser Trend ist nicht zuletzt auch auf das konsequente Vorgehen der Sicherheitsbehörden gegen solche Hasskommentare zurückzuführen. Im September 2015 wurde zum Beispiel bei dem mutmaßlichen Betreiber der Webseite „Berlin wehrt sich“, auf der Anfang September 2015 das Bild eines toten Flüchtlingskindes mit dem Kommentar „Wir TRAUERN NICHT sondern wir FEIERN ES!“ gepostet wurde, unmittelbar im Anschluss an die Veröffentlichung dieses, an Menschenverachtung kaum zu überbietenden Postings, eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Anfang November wurden in Berlin die Wohnungen von weiteren zehn Tatverdächtigen durchsucht, die Hasskommentare gegen Flüchtlinge im Internet verbreitet hatten. Hier wurde ein deutliches Zeichen dafür gesetzt, dass das Internet kein rechtsfreier Raum ist und mit aller Konsequenz gegen strafbewehrte Online-Hetze vorgegangen wird.

⁶ Daneben existiert eine Vielzahl von Seiten in sozialen Netzwerken, etwa „Nein zum Heim in Köpenick“, „Kein Asylanten-Containerdorf in Buch“, „Kein Asylanten-Containerdorf in Falkenberg“.

3.2.3 Die Reaktionen der rechtsextremistischen Szene auf die Terroranschläge von Paris

Beinahe alle rechtsextremistischen Gruppierungen griffen im Rahmen ihrer verbal-aggressiven und symbolischen Stimmungsmache auch die Terroranschläge in Paris auf. Eine große Mehrheit rechtsextremistischer Internetseiten thematisierte dabei die Anschläge als Ursache der aktuellen Flüchtlingspolitik, des scheiternden „Multikulturalismus“ sowie der „falschen religiösen Toleranz“ in der Bundesrepublik und wies der Regierung eine Mitverantwortung an den Anschlägen zu. Die Rechtsextremisten sehen sich in ihren Thesen einer vermeintlichen „Islamisierung“ und „Überfremdung“ bestätigt, wie etwa die „Bürgerbewegung Pro Deutschland“, die auf ihrer Facebook-Seite in den etablierten Parteien die Verantwortlichen hierfür sieht.



Auch die Berliner NPD versuchte die Terroranschläge von Paris zu instrumentalisieren. Der Berliner NPD-Vorsitzende etwa forderte mit Verweis auf die Anschläge „ein Umdenken in der Ausländer- und Asylpolitik“. Worin dieses „Umdenken“ gipfeln soll, wird aus den zahllosen anderen im Internet veröffentlichten Beiträgen der Partei mehr als deutlich. „Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“, „Heimreise statt Einreise“



oder „Asylbetrug macht uns arm“ sind nur eine kleine Auswahl an „Forderungen“, mit denen die NPD klar macht, dass alle Begründungen recht sind, um Flüchtlinge pauschal zu verunglimpfen und zu kriminalisieren.

Weitere Beispiele für die perfiden Bemühungen der rechtsextremistischen Szene, die Anschläge von Paris zur Stimmungsmache zu missbrauchen, lieferten HoGeSa und auch „Der III. Weg“. Auf dem HoGeSa-Berlin zugerechneten Facebook- Profil „Wir für Berlin & Wir für Deutschland“ posierten drei Aktivisten mit einem Transparent am Brandenburger Tor mit der Botschaft an die politischen Eliten in Europa: „Heuchler, an Euren Händen klebt Blut“⁷. Die Partei „Der III. Weg“ reagierte auf ihrer Internetseite mit der Veröffentlichung eines Beitrags mit der Überschrift „Der Krieg hat begonnen – die Geister die sie riefen“ [sic!]⁸

⁷ Profil „Wir Für Berlin & Wir Für Deutschland“ in einem sozialen Netzwerk, Posting vom 16.11.2015, abgerufen am 17.11.2015.

⁸ Internetseite der Partei „Der III. Weg“, Eintrag vom 17.11.2015, abgerufen am 23.11.2015.

4. Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte in Berlin

4.1 Untersuchungsgegenstand

Parallel zu den dargestellten Aktivitäten und verbalen Provokationen rechtsextremistischer Gruppierungen und Personen stieg in Berlin auch die Anzahl von Straftaten die im Zusammenhang mit geplanten und bestehenden Flüchtlingsunterkünften standen. Insgesamt 79 solcher Straftaten wurden von der Polizei zwischen dem 1. Januar 2014 und dem 31. Oktober 2015 in Berlin registriert.

Nicht alle diese Taten wurden dabei als politisch motivierte Straftaten des Phänomenbereichs Politisch motivierte Kriminalität - rechts (PMK - rechts) bewertet. Der PMK - rechts werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und / oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie einer „rechten Orientierung“ zuzurechnen sind.⁹ Von den 79 hier untersuchten Taten wurden 64 als politisch rechts motiviert bewertet, in 15 Fällen war eine entsprechende Einordnung nicht zweifelsfrei möglich. Letzteres bedeutet jedoch nicht, dass nicht auch ein rechter / rechtsextremistischer Hintergrund dieser Taten geprüft wird. Ein Beispiel für eine solche nicht eindeutig als politisch rechts im Sinne des polizeilichen Definitionssystems zu bewertende Tat fand am 13. November 2014 im Bezirk Lichtenberg statt. Unbekannte hatten auf dem Gelände einer geplanten Flüchtlingsunterkunft im Ortsteil Falkenberg ein Transparent mit der Aufschrift: „1 280 Einwohner 480 Flüchtlinge wie soll's funktionieren“ (sic!) angebracht. Eine Losung, die sowohl Ausdruck bestehender Ängste der dortigen Anwohner als auch Teil einer rechten / rechtsextremistischen Kampagne gegen das geplante Flüchtlingsheim sein konnte.

Mit der vorliegenden Untersuchung der 79 Straftaten¹⁰, die zwischen dem 1. Januar 2014 und dem 31. Oktober 2015 einen Bezug zu Flüchtlingsunterkünften aufwiesen,

⁹ Hierunter fallen insbesondere Taten, bei denen Bezüge zum völkischen Nationalismus, Rassismus, Sozialdarwinismus oder Nationalsozialismus ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren. Diese Definition einer „rechten Orientierung“ unterscheidet sich von dem vom Verfassungsschutz verwendeten Begriff des Rechtsextremismus.

¹⁰ Hier wurden auch die 15 nicht eindeutig der PMK - rechts zugeordneten Fälle mit einbezogen. Zum einen, da ein rechter / rechtsextremistischer Tathintergrund eben nicht explizit ausgeschlossen

sollen Art, Ausmaß und regionale Verteilung dieser Straftaten dargestellt werden. Welche Straftaten wurden zu welchen Zeiten und an welchen Orten der Stadt verübt? Soweit Erkenntnisse zu den Tatverdächtigen vorliegen, wurden diese ebenfalls ausgewertet. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass bei der Mehrzahl der Taten bislang kein Tatverdächtiger ermittelt werden konnte und die entsprechenden Aussagen in dieser Studie insofern weder repräsentativ sein können, noch allgemeine Rückschlüsse auf andere Täter zulassen. Untersucht wurden schließlich auch mögliche Zusammenhänge der Straftaten mit rechtsextremistischen Aktivitäten und Kampagnen. Als regionale Studie des Berliner Verfassungsschutzes wurden ausschließlich Taten betrachtet, die in Berlin verübt wurden.

4.2 Delikte

Die zwischen Januar 2014 und Oktober 2015 polizeilich festgestellten Straftaten gegen Berliner Flüchtlingsunterkünfte umfassten 12 verschiedene Straftatbestände, in einem Fall wird zudem wegen Verstoßes gegen das Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe (SprengG) ermittelt. Wurden von den hier untersuchten Taten mehrere Strafrechtsnormen berührt, wurde das jeweils schwerwiegendste Delikt gezählt (maßgeblich für die Schwere ist das Strafmaß im Strafgesetzbuch).¹¹

Bei den mit Abstand meisten Delikten (38 Taten, 48 %) handelte es sich um Fälle von Sachbeschädigung. Die Palette der verschiedenen Sachbeschädigungen reichte dabei von Farbschmierereien (sechs Taten), über illegales Plakatieren (zwei Taten), bis hin zu - mit Steinen, Flaschen oder Pyrotechnik - beschädigten Fenstern und Türen (sechs Taten einschließlich der zwei Fälle des § 308 StGB). Der Schwerpunkt der Sachbeschädigungen lag allerdings im Umwerfen bzw. Beschädigen von Bauzäunen, die zur Sicherung geplanter oder bereits bestehender Flüchtlingsunterkünfte aufge-

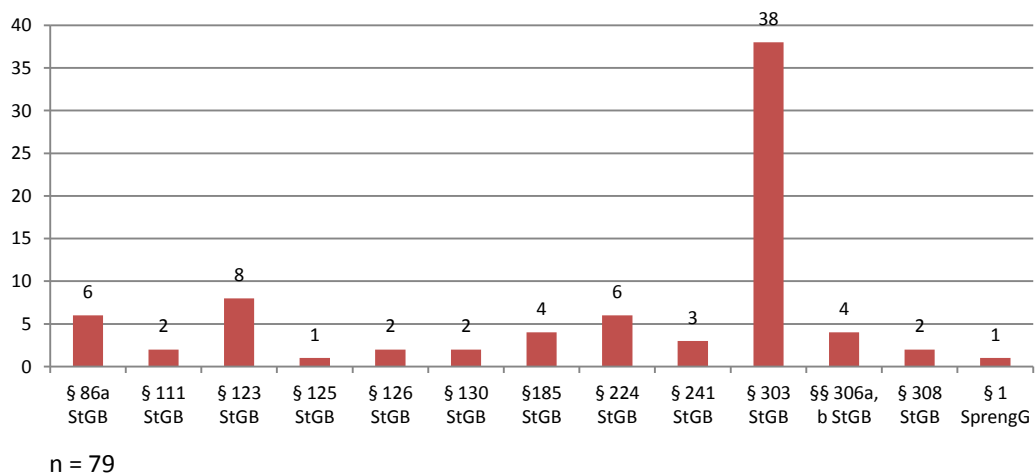
werden konnte und zum anderen, um die Zahl der untersuchten Fälle und damit die Aussagekraft der Untersuchung zu erhöhen.

¹¹ § 86a StGB = Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen; § 111 StGB = Öffentliche Aufforderung zu Straftaten; § 123 StGB = Hausfriedensbruch; § 125 StGB = Landfriedensbruch; § 126 StGB = Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten; § 130 StGB = Volksverhetzung; § 185 StGB = Beleidigung; § 224 StGB = Gefährliche Körperverletzung; § 241 StGB = Bedrohung; § 303 = Sachbeschädigung; §§ 303a, b StGB Schwere / Besonders schwere Brandstiftung; § 308 StGB = Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion; SprengG = Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffgesetz)

stellt waren. Knapp die Hälfte aller Sachbeschädigungen (18 von 38 Fällen) entfiel auf diese Taten.

Bei den gefährlichen Körperverletzungsdelikten¹² waren es in drei Fällen mehrere Personen, die neben Flüchtlingen auch Security-Mitarbeiter, die zum Schutz von Flüchtlingsunterkünften eingesetzt waren, attackierten. Bei einer Tat benutzen die Täter Stahlkugelgeschosse, ein Täter griff mit einem Samuraischwert Flüchtlinge und einen Sicherheitsmitarbeiter an, und ein weiterer Täter attackierte mit Steinen und einer Bierflasche Flüchtlingskinder und Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes.

Abb. 1.: Anzahl einzelner Delikte (in absoluten Zahlen)



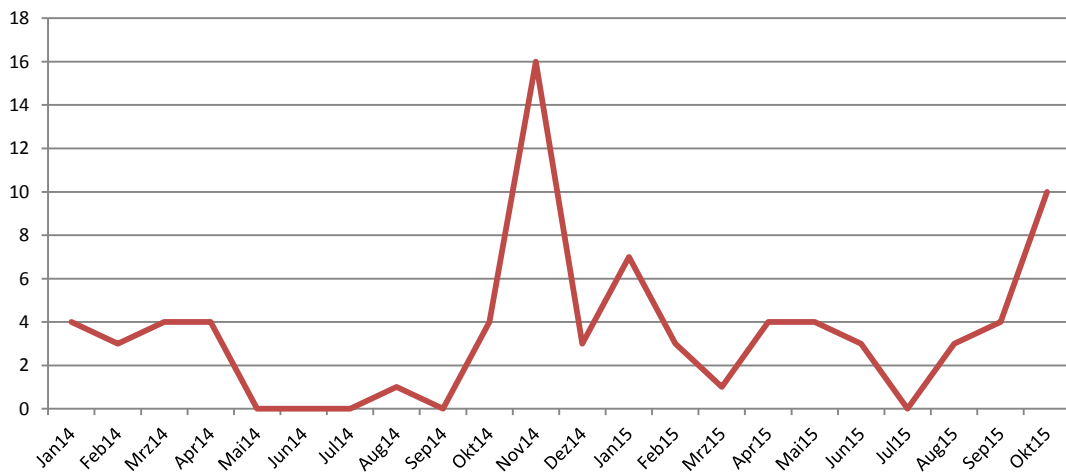
Von den vier Fällen schwerer und besonders schwerer Brandstiftung waren die Flüchtlingsunterkünfte in der Salvador-Allende-Straße in Treptow-Köpenick (am 29. April 2014), in der Soorstraße in Charlottenburg-Wilmersdorf (am 12. Juni 2015), am Blumberger Damm in Marzahn-Hellersdorf (am 20. August 2015) und am Glambecker Ring in Marzahn-Hellersdorf (am 9. September 2015) betroffen. Menschen kamen in allen vier Fällen nicht zu Schaden.

¹² Die gefährliche Körperverletzung unterscheidet sich von der einfachen Körperverletzung u. a. durch die Verwendung von Waffen oder anderen gefährlichen Werkzeugen, aufgrund eines hinterlistigen Überfalls oder durch die gemeinschaftliche Begehung der Tat. Die Schwere der Verletzung ist nicht maßgeblich für diese Klassifizierung.

4.3 Fallzahlen und Zeiträume

Von den 79 hier untersuchten Straftaten mit Bezügen zu Flüchtlingsunterkünften ereigneten sich 39 im Kalenderjahr 2014, 40 Taten wurden in den ersten zehn Monaten des Jahres 2015 begangen.

Abb. 2: Entwicklung der Fallzahlen von Januar 2014 bis Oktober 2015 (in absoluten Zahlen)



n = 79

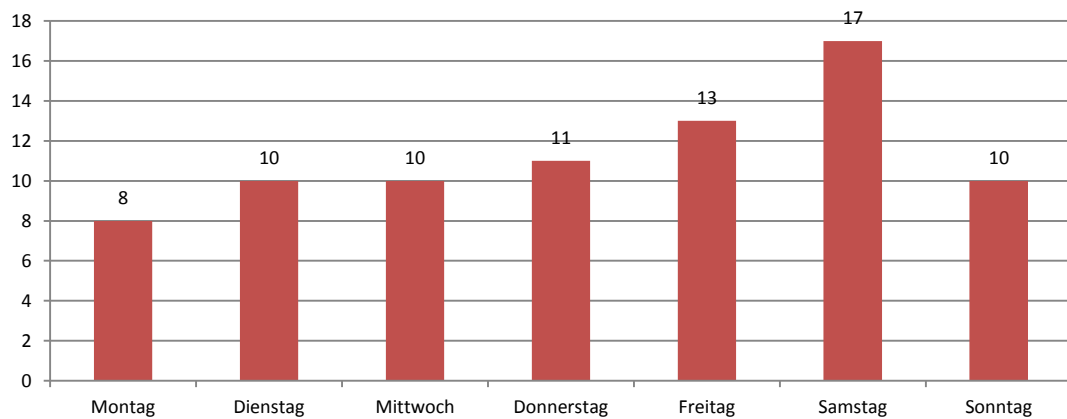
Aufgeschlüsselt nach Monaten sticht zunächst der November 2014 mit insgesamt 16 Taten (20 %) eindeutig heraus. Mit 33 Taten wurden zudem mehr als 40 % aller im Untersuchungszeitraum begangenen Straftaten, die Bezüge zu Flüchtlingsunterkünften aufwiesen, in den fünf Monaten zwischen Oktober 2014 und Februar 2015 begangen. Diese Phase ist weitgehend deckungsgleich mit der (ersten) Hochphase der bundesweiten -GIDA-Demonstrationen und den vor allem im Berliner Ortsteil Hellersdorf zum damaligen Zeitpunkt regelmäßig durchgeführten Demonstrationen rechtsextremistischer „Bürgerbewegungen / Bürgerinitiativen“. Hier zeigt sich eine bemerkenswerte Übereinstimmung zwischen dem enormen Ausmaß der aggressiven rechtsextremistischen Stimmungsmache und der Zunahme von Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte.

Auffällig ist darüber hinaus der Anstieg der Straftaten im Oktober 2015. Nach einer Phase, in der in den sieben Monaten zwischen März und September 2015 durchschnittlich weniger als drei Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte pro Monat begangen wurden, verdreifachte sich diese Zahl im Oktober 2015 (10 Taten). Bemer-

kenswerterweise verteilen sich die zehn im Oktober 2015 begangenen Straftaten auf sieben unterschiedliche Flüchtlingsunterkünfte. Von fünf dieser Taten waren zwei Flüchtlingsunterkünfte im Westteil der Stadt - Reinickendorf und Spandau - betroffen; Bezirke, in denen sich bis zu diesem Zeitpunkt noch keine einzige entsprechende Straftat ereignet hatte. Ein - zumindest mittelbarer - Zusammenhang mit rechtsextremistischen Aktivitäten ist hier weniger klar feststellbar. Tatsächlich wurden auch nur sechs der zehn im Oktober 2015 begangenen Straftaten als politisch rechts motiviert bewertet, wohingegen in vier Fällen eine entsprechende Zuordnung nicht zweifelsfrei möglich war.

Bei der Betrachtung der Wochentage und Uhrzeiten zeigt sich, dass Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte an jedem Tag und zu nahezu jeder Uhrzeit begangen wurden. Zwar ereignete sich etwa die Hälfte aller Taten (51 %) am Wochenende, allerdings war die Konzentration auf den Zeitraum zwischen Freitag und Sonntag deutlich weniger ausgeprägt, als bei rechten Gewalttaten im Allgemeinen¹³.

Abb. 3: Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte nach Wochentagen (in absoluten Zahlen)



n = 79

Unterschieden nach Zeitintervallen fanden zwar die meisten Taten (26) in der Nachtzeit zwischen 0 Uhr und 6 Uhr statt, aber auch zwischen 6 Uhr und 12 Uhr (22 Taten), zwischen 12 Uhr und 18 Uhr (11 Taten) und zwischen 18 Uhr und 24 Uhr (20 Taten) wurden Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte verübt.

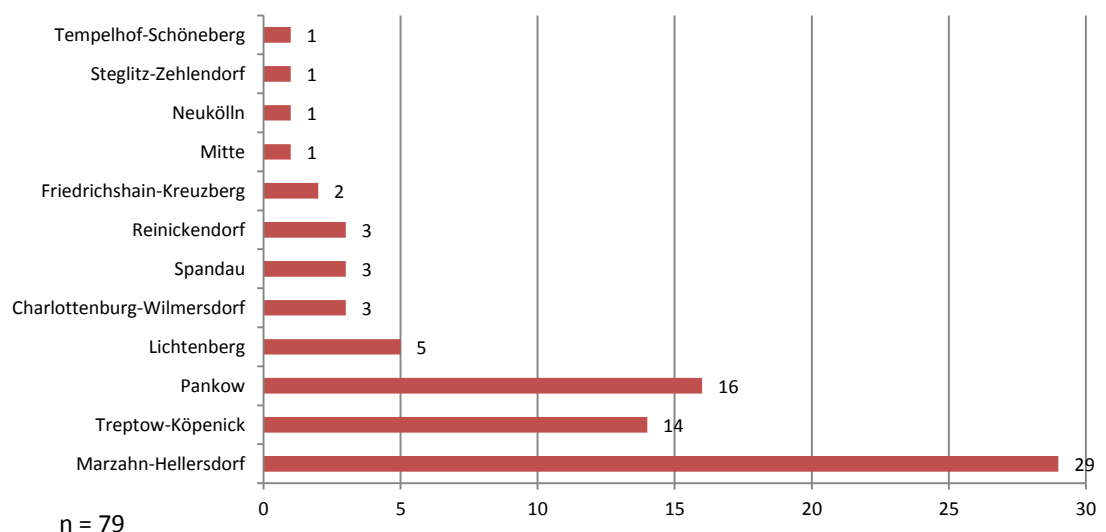
¹³ Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport: Rechte Gewalt in Berlin 2003 - 2012. Berlin 2014, S. 26 ff.

Zwei Einschränkungen sind für diesen generellen Befund zu machen: Zum einen wurden bestimmte Straftaten, wie etwa umgeworfene Bauzäune, nicht unmittelbar zum Tatzeitpunkt entdeckt, sondern erst später, etwa im Rahmen von Kontrollgängen. Die zweite Besonderheit zeigt sich beim Blick auf die Tatzeitpunkte der besonders schwerwiegenden Delikte, die allesamt in den späten Abend- bzw. frühen Nachtstunden begangen wurden. Fünf der sechs Fälle von gefährlicher Körperverletzung ereigneten sich zwischen 22 Uhr und 3 Uhr, die vier Brandstiftungsdelikte wurden zwischen 23 Uhr und 2:30 Uhr begangen.

4.4 Tatorte

In der Zuordnung der Straftaten nach Bezirken zeichnen sich eindeutige geographische Schwerpunkte ab. 64 der zwischen dem 1. Januar 2014 und dem 31. Oktober 2015 begangenen 79 Taten (81 %) wurden in den Bezirken Marzahn-Hellersdorf (29 Taten), Pankow (16 Taten), Treptow-Köpenick (14 Taten) und Lichtenberg (5 Taten) verübt. Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte konzentrierten sich demnach eindeutig auf den Ostteil der Stadt.

Abb. 4: Tatorte nach Bezirken (in absoluten Zahlen)



In Charlottenburg-Wilmersdorf, Reinickendorf und Spandau wurden im Untersuchungszeitraum je drei Taten, in Friedrichshain-Kreuzberg zwei Taten und in den

Bezirken Mitte, Neukölln, Steglitz-Zehlendorf und Tempelhof-Schöneberg jeweils eine Tat registriert.

Das Beispiel Charlottenburg-Wilmersdorf zeigt jedoch, dass der Befund, Gewalt gegen Flüchtlingsunterkünfte würde *ausschließlich* im Ostteil Berlins stattfinden, zu kurz greift. Quantitativ war der Bezirk mit drei Taten zwar deutlich weniger als die oben aufgeführten vier östlichen Bezirke betroffen, allerdings handelte es sich bei den dort begangenen Straftaten neben einer Sachbeschädigung um einen Fall gefährlicher Körperverletzung und eine schwere Brandstiftung.

Insgesamt waren zwischen dem 1. Januar 2014 und dem 31. Oktober 2015 24 verschiedene Flüchtlingsunterkünfte Ziele von Straftaten. Fünf betroffene Unterkünfte lagen jeweils im Bezirk Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick; in Pankow wurden vier verschiedene Unterkünfte attackiert und in den Bezirken Lichtenberg und Spandau waren je zwei verschiedene Objekte von Straftaten betroffen. In Mitte, Neukölln, Charlottenburg-Wilmersdorf, Steglitz-Zehlendorf, Reinickendorf und Tempelhof-Schöneberg wurden gegen jeweils ein Objekt Straftaten verübt. 37 Taten richteten sich gegen geplante / im Bau befindliche Objekte und 37 Taten wurden gegen bereits eröffnete Einrichtungen begangen.¹⁴

Vor allem drei Objekte - gegen die knapp die Hälfte aller Taten (35) gerichtet war - standen im Fokus der Straftäter: das (geplante) Containerdorf in der Schönagelstraße (OT Marzahn), die (geplante) Gemeinschaftsunterkunft in der Karower Chaussee (OT Buch), die von jeweils 13 Taten betroffen waren, und die Gemeinschaftsunterkunft in der Maxie-Wander-Straße (OT Hellersdorf), gegen die neun Straftaten verübt wurden.

Neben Flüchtlingsunterkünften waren zwei Straftaten gegen die besetzte Gerhart-Hauptmann-Schule im Ortsteil Kreuzberg gerichtet¹⁵, gegen das Flüchtlingscamp am

¹⁴ Fünf Straftaten konnten keinen konkreten / offiziellen Flüchtlingsunterkünften zugerechnet werden. Hierunter fallen insbesondere die gegen das Flüchtlingscamp am Oranienplatz und die besetzte Gerhart-Hauptmann-Schule - beide im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg gelegen - gerichteten Taten.

¹⁵ In einem Fall ging in einer gleichnamigen Schule im Bezirk Treptow-Köpenick eine beleidigende und diskriminierende Postkarte ein, die sich tatsächlich gegen die sich nach der Besetzung noch in der Kreuzberger Gerhart-Hauptmann-Schule befindlichen Personen richtete. Tatort dieses Deliktes war dennoch Treptow-Köpenick.

Kreuzberger Oranienplatz wurde im Internet zu Straftaten aufgerufen und in einem Fall wurde ein Stein gegen die Fensterscheibe einer Begegnungsstätte für Flüchtlinge in Hellersdorf geworfen. Ziel einer fremdenfeindlichen Sachbeschädigung war zudem ein Mehrfamilienhaus in Oberschöneweide, in dem unbegleitete minderjährige Flüchtlinge betreut werden.

Betroffenes Objekt	Anzahl der Straftaten	Delikte §§ StGB (Anzahl)	Bezirk	Ortsteil
Gemeinschaftsunterkunft Schönagelstraße	13	123 (1); 303 (12)	Marzahn-Hellersdorf	Marzahn
Gemeinschaftsunterkunft Karower Chaussee	13	86a (2); 111 (1); 123 (2); 125 (1); 224 (1); 241 (1); 303 (5)	Pankow	Buch
Gemeinschaftsunterkunft Maxie-Wander-Straße	9	123 (1); 224 (2); 185 (1); 303 (3); 308 (2)	Marzahn-Hellersdorf	Hellersdorf
Gemeinschaftsunterkunft Radieckestraße	4	86a (1); 303 (3)	Treptow-Köpenick	Adlershof
Gemeinschaftsunterkunft Hausvaterweg	4	123 (2); 185 (1); 303 (1)	Lichtenberg	Falkenberg

Notbelegte Unterkunft Hennigsdorfer Straße	3	303 (3)	Reinickendorf	Heiligensee
Gemeinschaftsunterkunft Salvador-Allende-Straße	3	86a (1); 303 (1); 306a (1)	Treptow-Köpenick	Köpenick
Gemeinschaftsunterkunft Alfred-Randt-Straße	3	303 (2); 1 SprengG (1)	Treptow-Köpenick	Köpenick
Gemeinschaftsunterkunft Soorstraße	3	224 (1); 303 (1); 306a (1)	Charlottenburg-Wilmersdorf	Westend
Gemeinschaftsunterkunft Blumberger Damm	3	86a (1); 303 (1); 306b (1)	Marzahn-Hellersdorf	Marzahn
Notbelegte Unterkunft Glambecker Ring	2	224 (1); 306a (1)	Marzahn-Hellersdorf	Marzahn
Notbelegte Unterkunft Mertensstraße	2	241 (2)	Spandau	Hakenfelde
Gemeinschaftsunterkunft Klingsorstraße	1	130	Steglitz-Zehlendorf	Lichterfelde

Vertragsfreie Unterkunft Werneuchener Straße	1	303	Lichten- berg	Alt- Hohen- schön- hausen
Notbelegte Unter- kunft Rohrdamm	1	224	Spandau	Siemens- stadt
Notbelegte Unter- kunft Kirchhainer Damm	1	86a	Tempel- hof- Schöne- berg	Lichten- rade
Gemeinschaftsun- terkunft Otto- Rosenberg-Straße	1	185	Marzahn- Hellers- dorf	Marzahn
Gemeinschaftsun- terkunft Haarlemer Straße	1	303	Neukölln	Britz
Notbelegte Unter- kunft Kruppstraße	1	303	Mitte	Moabit
Gemeinschaftsun- terkunft Mühlen- straße	1	126	Pankow	Pankow
Gemeinschaftsun- terkunft Storkower Straße	1	123	Pankow	Prenz- lauer Berg

Notbelegte Unterkunft Wackenbergstraße	1	126	Pankow	Pankow
Notbelegte Unterkunft Groß-Berliner Damm	1	123	Treptow- Köpenick	Johan- nisthal
Notbelegte Unterkunft Wassersportallee	1	303	Treptow- Köpenick	Grünau

Ähnlich wie bei den nach Monaten aufgeschlüsselten Straftaten, korrelieren auch die Standorte der am meisten betroffenen Flüchtlingsunterkünfte mit den lokalen Schwerpunkten fremdenfeindlicher und rechtsextremistischer Aktivitäten gegen diese Unterkünfte. Dabei ist es sicherlich auch kein Zufall, dass zwei der drei Unterkünfte, gegen die die meisten Straftaten verübt wurden, im Bezirk Marzahn-Hellersdorf liegen. In diesem Bezirk gelang es Rechtsextremisten nicht nur, die Ängste der dortigen Anwohner öffentlichkeitswirksam für sich zu instrumentalisieren; sie waren darüber hinaus bereits ab Mitte 2013 ganz entscheidend an den ersten organisierten Protesten gegen neue Flüchtlingsunterkünfte beteiligt.

Im Zentrum stand dabei zunächst die Unterkunft in der Maxie-Wander-Straße in Hellersdorf. Bereits vor deren Eröffnung formierten sich dort Rechtsextremisten getarnt als sogenannte „Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf“ (BMH), um massiv und aggressiv gegen die Unterkunft und deren Bewohner zu polemisieren. Diese Strategie bildete in den nachfolgenden Monaten eine Art „Blaupause“ für die Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene in Berlin und darüber hinaus. Nach außen betont wieder auftretend, wurde vor allem in sozialen Netzwerken gegen Fremde gehetzt und permanent Stimmung gegen die Flüchtlingsunterkunft gemacht.

Nach und nach verlagerten sich diese Aktivitäten dann aus dem vermeintlich anonymen virtuellen Raum auf die Straße. Zunehmend offensiver und aggressiver auftretend erhielten im Herbst 2014 auch die wöchentlich von der lokalen „Bürgerinitiative“ angemeldeten Demonstrationen in Marzahn-Hellersdorf immer mehr Zulauf. Diese Demonstrationen, die am 24. November 2014 mit ca. 950 Teilnehmern ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten, führten dabei regelmäßig auch am Gelände der zum damaligen Zeitpunkt noch in der Bauphase befindlichen Gemeinschaftsunterkunft in der Schönagelstraße vorbei. Auch hier liegt die Vermutung nahe, dass Art und Umfang der Thematisierung dieser Unterkunft durch die lokale rechtsextremistische Szene maßgeblich dazu beigetragen haben, dass in der Folgezeit immer wieder die zum Schutz des Geländes aufgestellten Bauzäune umgeworfen wurden.

Schließlich war auch die dritte, am meisten von Straftaten betroffene Gemeinschaftsunterkunft in der Karower Chaussee im Ortsteil Buch Zielscheibe einer entsprechenden rechtsextremistischen Kampagne. Anders als in Marzahn-Hellersdorf gaben sich die Protagonisten der Pankower Flüchtlingsgegner mit dem bezeichnenden Namen „Kein Asylanten - Container Dorf in Buch“ dabei allerdings weit weniger Mühe, ihren rechtsextremistischen Hintergrund zu verschleiern.

Einen Zusammenhang zwischen diesen Kampagnen und der Anzahl der Straftaten legt auch die Tatsache nahe, dass nicht von Rechtsextremisten thematisierte Unterkünfte weit weniger bzw. gar nicht von Straftaten betroffen waren. So existieren sowohl in Marzahn-Hellersdorf als auch in Pankow Unterkünfte für Flüchtlinge, die nicht im Fokus rechtsextremistischer Kampagnen standen. Hier formierte sich weder Protest gegen die Unterbringung von Flüchtlingen, noch wurden diese Objekte zum Ziel von Straftaten.

Demgegenüber spielt die gerade von Rechtsextremisten immer wieder behauptete „Überforderung“ mancher Regionen und ein damit suggerierter Zusammenhang zwischen der Anzahl der Flüchtlingsunterkünfte bzw. der dort untergebrachten Flüchtlinge für die Anzahl der begangenen Straftaten keine Rolle. So waren Mitte November 2015 beispielsweise im Bezirk Spandau in mehr Unterkünften doppelt so viele Flüchtlinge untergebracht wie im Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Gleichzeitig wur-

den jedoch in Spandau zwischen dem 1. Januar 2014 und dem 31. Oktober 2015 lediglich drei Straftaten gegen zwei Flüchtlingsunterkünfte begangen, wohingegen in Marzahn-Hellersdorf im gleichen Zeitraum fünf Flüchtlingsunterkünfte von insgesamt 29 Straftaten betroffen waren.

4.5 Tatverdächtige

Die zu den Tatverdächtigen vorliegenden Daten beruhen auf den Erkenntnissen in einem relativ frühen Stadium der polizeilichen Ermittlungsverfahren. Insofern beziehen sich die folgenden Aussagen auf Tatverdächtige und nicht auf (gerichtlich verurteilte) Täter.

Insgesamt wurden zu den 79 im Untersuchungszeitraum begangenen Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte 44 Tatverdächtige ermittelt. Dabei sind einmal fünfzehn und einmal elf Personen der gemeinschaftlichen Begehung je einer Straftat verdächtig. 37 der 44 Tatverdächtigen waren Männer (84 %) und das Durchschnittsalter der Tatverdächtigen belief sich auf knapp 27 Jahre. Über staatschutzrelevante Vorerkenntnisse verfügte knapp die Hälfte der Tatverdächtigen (21 Personen, 48 %)¹⁶, zwölf Tatverdächtige waren dem Berliner Verfassungsschutz bereits zum Tatzeitpunkt namentlich im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Bestrebungen bekannt. Damit entsprechen die Tatverdächtigen im Hinblick auf Alter und Geschlecht weitgehend den Tatverdächtigen rechter Gewalttaten im Allgemeinen.¹⁷ Höher fällt der Anteil der zuvor bereits im Zusammenhang mit politisch motivierten Straftaten aufgefallenen Tatverdächtigen aus.

Generelle Aussagen über die möglichen Täter der gegen Flüchtlingsunterkünfte gerichteten Straftaten lassen sich hieraus jedoch nicht ableiten. Dafür ist die zugrunde liegende Datenmenge zu gering und gleichzeitig der Anteil von Straftaten, zu denen noch kein Verdächtiger ermittelt werden konnte, zu hoch. Gleichwohl spricht der

¹⁶ Diese Personen waren im „Polizeilichen Landessystem zur Information, Kommunikation und Sachbearbeitung“ (POLIKS) als „Straftäter rechts“ erfasst, da Anhaltspunkte dafür vorlagen, dass sie bereits zuvor eine Straftat aus politisch rechts motivierten Beweggründen begangen hatten. Die entsprechende Einordnung erfolgte im Rahmen einer Einzelfallprüfung, wobei für jeden Fall die Verhältnismäßigkeit, die Erforderlichkeit und die Geeignetheit nachgewiesen und dokumentiert werden musste.

¹⁷ Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport (2014): Rechte Gewalt in Berlin 2003 - 2012. Berlin. S. 31 ff.

hohe Anteil bereits wegen anderer politisch rechts motivierter Delikte aufgefallener Tatverdächtiger dafür, dass sich nicht nur bisher „unbescholtene Bürger“ zu Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte „hinreißen lassen“, sondern für einen relevanten Teil dieser Taten auch rechte Straftäter und Rechtsextremisten verantwortlich sind.

4.6 Fazit der empirischen Analyse

Mit 79 Taten wurden Flüchtlingsunterkünfte in Berlin zwischen Januar 2014 und Oktober 2015 durchschnittlich mehr als drei Mal pro Monat zum Ziel von Straftaten. Dabei handelte es sich etwa zur Hälfte um Sachbeschädigungen, die andere Hälfte der Straftaten umfasste insgesamt elf weitere Straftatbestände. Anders als bundesweit, wo ein nahezu linearer Anstieg der gegen Flüchtlingsheime gerichteten Straftaten konstatiert wird¹⁸, schwankten die für Berlin im Untersuchungszeitraum vorliegenden Zahlen. Auffällig ist dabei vor allem die auf eine vier Monate umfassende Zeitspanne mit nur einer Straftat folgende Hochphase zwischen Oktober 2014 und Februar 2015, in der insgesamt 33 Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte registriert wurden. Betroffen von diesen Straftaten waren vor allem im Ostteil der Stadt gelegene Flüchtlingsunterkünfte, insbesondere in den Bezirken Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick und Pankow.

Die vorliegenden Daten zeigen zudem, dass Rechtsextremisten und deren Aktivitäten zumindest einen mittelbaren Einfluss darauf haben, welche Flüchtlingsunterkünfte in den Fokus von Straftätern geraten. Die drei am stärksten von Straftaten betroffenen Berliner Flüchtlingsunterkünfte standen und stehen explizit im Mittelpunkt rechtsextremistischer Kampagnen. Neben intensiven Schutzmaßnahmen gerade für diese Flüchtlingsunterkünfte, kommt hier auch einer Gegenöffentlichkeit, die fremdenfeindlicher Hetze entschieden entgegentritt, um Rechtsextremisten nicht die Meinungs- und Deutungshoheit über diese Thematik zu überlassen, eine entscheidende Bedeutung zu. Schließlich stehen hier auch die Betreiber sozialer Netzwerke im Internet in der Verantwortung. Diese Untersuchung zeigt, dass die unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit betriebene Hetze gegen Flüchtlinge und deren Unterbringung nicht ohne Folgen in der realen Welt bleibt. Die Sperrung entsprechender

¹⁸ Vgl. Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen: BT-Drucksache 18/3964 vom 6.2.2015, BT-Drucksache 18/4821 vom 6.5.2015, BT-Drucksache 18/5686 vom 31.7.2015.

Profile in den sozialen Netzwerken kann damit auch zum besseren Schutz von Flüchtlingsunterkünften beitragen.